

# Setzt dem energiepolitischen Taumel ein Ende | Meinungen | Finanz und Wirtschaft

Clip source: [Setzt dem energiepolitischen Taumel ein Ende | Meinungen | Finanz und Wirtschaft](#)

## Setzt dem energiepolitischen Taumel ein Ende

Der Ukrainekrieg legt das energiepolitische Versagen der Schweiz offen. Die gesamte Energiepolitik muss revidiert, mit der Klimapolitik koordiniert und neu aufgesetzt werden. Ein Kommentar von Markus Saurer.

Markus Saurer



«In der Schweiz wird immer offensichtlicher, dass die Energiestrategie 2050 effektiv auf eine blosse Importpolitik hinausläuft.»

Die Medien überquellen mit besorgten, vorwurfsvollen und anklagenden Beiträgen zur Energieversorgung. Oft dieselben Kommentatoren, die uns vor der Volksabstimmung vom 21. Mai 2017 noch die Alternativlosigkeit der Energiestrategie 2050 weismachen und uns mit Angela Merkels «Wir schaffen das!» zur Zustimmung bewegen wollten, lamentieren jetzt über drohende Mangellagen. Eine Ad-hoc-Studiengruppe zur Energiepolitik – Vorläuferin der heutigen Politikberatung Carnot-Cournot-Netzwerk – hatte allerdings schon 2014 unter Mitwirkung des Liberalen Instituts und des Instituts für Wirtschaftsstudien Basel in einer Studie gezeigt, dass die Energiestrategie 2050 an einem Mix technisch-ökonomischer und institutioneller Probleme über kurz oder lang scheitern würde. Der Leiter dieser Gruppe, der 2020 verstorbene Ökonomieprofessor Silvio Borner, sprach an einer Medienkonferenz am 27. November 2014 in seiner typisch prägnanten Art von einem «Jahrhundertfehler».

**Zum Autor**

Markus Saurer ist selbständiger Ökonom und Vorstandsmitglied im Carnot-Cournot-Netzwerk für Politikberatung in Technik und Wirtschaft.

Gegen die von der damals zuständigen Bundesrätin Doris Leuthard und dem Bundesamt für Energie mit dreistelligen Millionenbeträgen alimentierte und ergebnisgesteuerte Energieforschung und die mehrheitlich unkritischen Medien war aber nicht viel auszurichten. Und dies ist auch heute noch schwierig, weil die Forschung zur Energiestrategie 2050 von der jetzt zuständigen Bundesrätin Simonetta Sommaruga weiterhin mit massiven Mitteln gelenkt wird. Darum sollte der Gesamtbundesrat oder das Parlament jetzt die Reissleine ziehen.

Nicht nur die Strompolitik, sondern die gesamte Energiepolitik muss revidiert, mit der Klimapolitik koordiniert und neu aufgesetzt werden – simultane strategische Optimierung. Die dazu nötigen finanziellen Initialressourcen können ohne Verlust aus der Forschung zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 abgezogen und in die Erarbeitung neuer, wissenschaftlich fundierter strategischer Grundlagen und Strategien der Energie- und der Klimapolitik reinvestiert werden – unter Einsatz neuer, unbefangener Wissenschaftler.

## Nichts gelernt aus der CO<sub>2</sub>-Niederlage

Ein Auftrag zur strategischen Neubearbeitung wurde der Politik und der Verwaltung de facto am 13. Juni 2021 schon vom Volk mit dessen Ablehnung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes erteilt. Das war nun genau einer dieser institutionellen Stolpersteine der Energiestrategie 2050, die schon die Gruppe um Silvio Borner vorhersah. Nur wenige Tage vor der Volksabstimmung hatte die strategische Kontrollbehörde des Bundes, die Elektrizitätskommission (ElCom), erstmals ausdrücklich vor mittel- bis längerfristigen Stromversorgungsproblemen im Winter gewarnt.

Doch der CO<sub>2</sub>-Volksabstimmung und dieser Warnung der ElCom zum Trotz sah sich der Bundesrat weder zu einer Nachkontrolle noch zu einer Korrektur der Energiestrategie 2050 veranlasst. Vielmehr lancierte er in kürzester Zeit – offensichtlich nicht ausreichend reflektiert – einen Entwurf zu einem «Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien». Er besteht aus einem Bündel gesetzlicher Dispositionen, mit denen Massnahmen der prinzipiell unveränderten Energiestrategie 2050 sowie solche zur Dekarbonisierung mit noch mehr Zwang beschleunigt und quantitativ weitergehend als bisher umgesetzt werden sollen.

Dieser «Mantelerlass» wird seit über einem Jahr in der zuständigen Kommission des Ständerats diskutiert. Dabei soll es zu über hundert Änderungsanträgen vorwiegend bürgerlicher Absender gekommen sein. Darum lamentieren jetzt die Medien über «die bürgerliche Verzögerungstaktik», die angesichts aufkommender Versorgungsprobleme besonders verwerflich sei. Wieso sollten bürgerliche Ständeräte noch grössere Versorgungsprobleme in Kauf nehmen wollen? Dieser energiepolitische Taumel hat damit nichts zu tun, sondern beruht gerade darauf, dass den Ständeräten von der zuständigen Bundesrätin keine strategische Nachkontrolle und keine strategischen Optionen präsentiert wurden. Es mangelt den Ständeräten an den nötigen Grundlagen, um entscheiden zu können.

# Krieg verstärkt bestehende Probleme

Noch kurz vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine schärfte die ElCom ihre Warnung und startete – zu Recht an eine Zeitbombe gemahnend – einen Ticker: Schon im Winter 2025 müsse in der Schweiz mit Strommangellagen gerechnet werden. Die Departemente von Bundesrat Guy Parmelin (Wirtschaft) und Bundesrätin Viola Amherd (Verteidigung) stimmten in den Chor der Warner ein und begannen hektisch, Sparmassnahmen und Rationierungen zu planen. Jetzt legt plötzlich der Krieg das energiepolitische Totalversagen der Schweiz und anderer Länder restlos offen. Als Folge seiner internationalen politischen und energiewirtschaftlichen Verwerfungen müssen nun gewisse europäische Länder, darunter die Schweiz, ab sofort mit Mangellagen nicht nur beim Strom, sondern auch beim Erdgas, beim Erdöl und selbst bei der Kohle rechnen. In Deutschland wurde bereits Stufe zwei (von drei) der Notfallplanung in Kraft gesetzt, damit die Gaslager für den Winter aufgefüllt werden können. Der Krieg verstärkt die bestehenden energiepolitischen Probleme und schafft neue.

Die Proponenten der Energiestrategie 2050 (ja, es gibt immer noch welche) können der Versuchung nicht widerstehen, das Versagen «ihrer Strategie» jetzt ursächlich dem Krieg anzulasten. Doch dieser Versuch der Gesichtswahrung wird nicht gelingen. So legt der Krieg beispielsweise offen, wie weitgehend die deutsche Energiewende bislang nur einem Ersatz von Kohle- und Kernkraftwerken durch Gaskraftwerke entsprach. Das hat mit dem Krieg nichts zu tun. Aber infolge des kriegsbedingten Gasmangels können die Deutschen nun ihre drei letzten Kernkraftwerke wohl noch nicht stilllegen und müssen sogar Kohlekraftwerke reaktivieren. Trotz ihres weltweit höchsten Anteils an Wind- und Solarenergie können sie die Versorgung ihres Landes nicht mehr gewährleisten. Dies gilt bei den gegebenen technischen Möglichkeiten erst recht, wenn die Stromversorgung weiterhin die geplante Dekarbonisierung ermöglichen soll.

## Wind und Solar überschätzt

In der Schweiz wird immer offensichtlicher, dass die Energiestrategie 2050 effektiv auf eine blosse Importpolitik hinausläuft. Die durch enormes Bevölkerungswachstum und Dekarbonisierung getriebene Zusatznachfrage nach Strom kann im Winter auf längere Zeit nur noch durch Importe gedeckt werden (genau genommen bis zum Bau neuer Kernkraftwerke, was aber Dekaden dauern kann).

Deutschland wie auch die Schweiz haben namentlich das Versorgungspotenzial der Wind- und der Solarenergie überschätzt. Ihre eigene Stromerzeugung reicht bei weitem nicht mehr aus, um die u.a. durch die Klimapolitik steigende Inlandsnachfrage zu decken. Stehen nicht mehr ausreichend Importe zur Verfügung, müssen sie Strom mit hohen volkswirtschaftlichen Verlusten einsparen und ihn schliesslich zu noch weit höheren Verlusten rationieren. Man darf gespannt sein, wann an den Klimazielen und an der Dekarbonisierung gerüttelt werden muss.

Natürlich werden jetzt aufgrund der Kriegserfahrungen in Europa überall massive Anstrengungen folgen, um die Inlandsproduktion von Strom zu steigern (Autarkie). Man droht damit auf längere Sicht von der einen aktuellen Problemzone in eine andere zu taumeln. Während in flächenmässig grossen Binnenmärkten wie in den USA oder in China auch bei vollständiger Autarkie immer noch massive topografische, klimatische und andere Spezialisierungsvorteile in der Energieproduktion genutzt werden können, wird dies in den relativ kleinen europäischen Ländern kaum mehr der Fall sein.